

**Zeitschrift:** Neue Schweizer Rundschau  
**Herausgeber:** Neue Helvetische Gesellschaft  
**Band:** 11 (1943-1944)  
**Heft:** 9

**Artikel:** Europäische Foederation  
**Autor:** Sieber, Eduard  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-759472>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Europäische Foederation

*Constantin Frantz' Gedanken über ein neues Europa*

Von Eduard Sieber

Am 17. März 1872 schrieb Jakob Burckhardt an seinen verehrten Freund, Friedrich v. Preen: „Zunächst meinen besten Dank dafür, dass Sie mich auf das bedeutende Buch von C. Frantz hingewiesen haben, welches ich nunmehr lese. Der hat den Kopf über dem Nebel.“<sup>1)</sup> Der Titel besagten Buches lautet: Das neue Deutschland. Es ist, nehmen wir das gleich vorweg, eine im Jahre der Reichsgründung Bismarcks erschienene scharfe Kritik an diesem Werke, der Kassandrarufer eines Mannes, der unermüdlich sein Volk auf einen andern Weg gewiesen hatte und nun mit bitteren Anklagen und voll schwerer Zukunftssorgen mahnend und beschwörend von neuem seine Stimme erhebt.

Wer war dieser Mann, der nach Burckhardts Zeugnis „den Kopf über dem Nebel“ hat? Geboren wurde er 1817 als Sohn eines Pastors zu Halberstadt in Preussen<sup>2)</sup>. Er empfand es später als besondere Begünstigung, eine Heimat zu haben, die „gerade an der Grenze liegt, wo das östliche und westliche Gebiet sich gegenseitig berühren und scheiden“, das ehemalige Nordthüringen. „In dieser Landschaft geboren und erzogen, hat man das deutsche und preussische Wesen gleich-

---

<sup>1)</sup> Jak. Burckhardts Briefe an seinen Freund Fr. von Preen, 1864—1893, p. 46.

<sup>2)</sup> Für das Biographische vgl. vor allem: Eug. Stamm: Konstantin Frantz' Schriften und Leben. Heidelberg 1907, und Ders.: K. Fr. Ein Wort zur deutschen Frage. Berlin 1930. M. Häne: Die Staatsideen des Konstantin Frantz. München 1929, woselbst sich auch ein Verzeichnis sämtlicher Schriften Frantzens findet. L. Martin: Konstantin Frantz als Staatsphilosoph und Verfassungspolitiker. Diss. Köln 1928.

zeitig vor Augen, und lernt das Eine wie das Andere in seiner Eigentümlichkeit aufzufassen und zu würdigen"<sup>3)</sup>). Er studierte in Halle und Berlin vornehmlich Mathematik, Naturwissenschaften und Philosophie. 1840 bestand er sein Lehrerexamen, machte ein Probejahr an einer Berliner Schule und promovierte später in Jena. Sein Ziel war die akademische Laufbahn. Zunächst wurde er vom preussischen Kultusminister Eichhorn zum „referierenden Literaten“ ernannt. Seine Stellung bot ihm Gelegenheit zu grösseren Reisen, die für seine politischen Anschauungen von Bedeutung werden sollten. Sie führten ihn nach den deutschen und slavischen Ländern Oesterreich-Ungarns, nach Polen und Ostdeutschland, zum Studium der slavischen und polnischen Zustände. Die Revolution von 1848 erlebte er in Berlin. Hatte zuvor seine literarische Tätigkeit vornehmlich philosophischen Fragen gegolten, so warf er sich nun mit nie erlahmendem Eifer, ja mit wahrer Leidenschaft auf die politische Publizistik. Das akademische Ziel trat in den Hintergrund, zwei angebotene Professuren schlug er aus; er fühlte sich zum diplomatischen Dienst berufen. Ein Wunsch, Bismarcks Legationssekretär in Frankfurt zu werden, ging nicht in Erfüllung. Im Herbst 1851 unternahm er eine Reise durch Süddeutschland, die Schweiz, Südfrankreich nach Paris, wo er den Staatsstreich Napoleons miterlebte. Von dort aus beklagt er sich bei Bismarck, man lasse ihn brach liegen und bittet um seine Vermittlung, offenbar ohne Erfolg. Nach seiner Rückkehr erhielt er endlich als „geheimer expedierender Sekretär“ eine Anstellung im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten; er arbeitete unter unmittelbarer Leitung des Ministers. 1853 wurde er zum Kanzler des preussischen Generalkonsulates für Spanien und Portugal ernannt. 3 Jahre lang weilte er in Barcelona und Cadix, vornehmlich mit handelspolitischen Fragen beschäftigt. Auch hier fand er Zeit zu einigen Reisen nach der afrikanischen Küste. Doch Unstimmigkeiten mit seinem Chef und mangelnde Befriedigung in seiner Arbeit trieben ihn wieder nach Berlin, wo er vorläufig im preussischen Staatsdienst weiterarbeitete. Aber sein Selbstbewusstsein ertrug nur schlecht das Eingespantsein in die preussische Bürokratie, sein Kopf war

---

<sup>3)</sup> Die Wiederherstellung Deutschlands, p. 199 f.

zu sehr angefüllt von eigenen Plänen und Ideen. Seine 1858 erschienene Schrift: „*Quid faciamus nos?*“, in der er einer englisch-preussisch-österreichischen Allianz das Wort redete, trug ihm die Entlassung ein. Bis 1873 lebte er noch in Berlin, dann zog er sich nach Blasewitz bei Dresden zurück. Die Zeit seiner Musse erfüllte eine ungemein fruchtbare publizistische Tätigkeit, die aber ohne jeden Widerhall blieb. Als ein Vergessener starb Frantz 1891.

Wenn wir es wagen, heute erneut die Aufmerksamkeit auf diesen Mann zu lenken, so darum, weil er Gedanken über Deutschland und Europa geäußert hat, die heute wieder unser besonderes Interesse beanspruchen dürfen, weil die Diskussion über die ihn beschäftigenden Probleme neu in Fluss gekommen ist<sup>4)</sup>.

Gleich die erste grössere Schrift, mit der Frantz als Politiker an die Öffentlichkeit trat, enthält in nuce die Gedanken, denen er sein ganzes Leben lang treu blieb. Im Frühjahr 1848 überreichte er dem Ministerium zwei Denkschriften, in denen er die Eindrücke und Beobachtungen von seiner Reise durch die slavischen und polnischen Gebiete schilderte und die er dann einer weiteren Öffentlichkeit vorlegte in seiner Schrift: „*Polen, Preussen und Deutschland*“<sup>5)</sup>. Fassen wir die Hauptgedanken kurz zusammen: Polen, Preussen und Deutschland gehören zusammen. Preussen, als Glied des grossen deutschen Reiches, soll mit Polen eine Union eingehen, wobei dieses seine besondere nationale Verfassung und Verwaltung beibehalten, aber mit Preussen ein gemeinsames Zentrum der öffentlichen Autorität haben soll, einen abwechselnd in Berlin und Warschau residierenden König. Ein selbständiges Polen hält er für unmöglich bei dem augenblicklichen Zustand des polnischen Volkes. Er fordert aber angelegentlich die Pflege polnischen Nationalgeistes und warnt in scharfer Weise vor allen Germanisierungstendenzen, die zu einem positiven Resultate nicht führen könnten und Polen nur in Russlands Arme trieben. In einer Vereinigung Polens mit Preussen aber sieht er das beste Bollwerk gegen ein weiteres Vordringen Russ-

---

<sup>4)</sup> Vgl. W. Näf: Die europäische Staatengemeinschaft in der neueren Geschichte. Zürich 1943.

<sup>5)</sup> Zitiert nach E. Stamm, l. c. Bd. 1, p. 133—142.



lands, das in Europa nichts zu suchen habe. Gegen den Einwand, dass durch die Verbindung mit Polen Deutschland sein abgeschlossenes nationales Dasein verlöre, führt er ins Feld: „Deutschland ist überhaupt kein Nationalstaat und kann es nie werden... Es gefährdet die deutsche Nation nicht, mit slavischen Völkern in einem Hause zu wohnen; so wenig es unsere Absicht sein kann und sein darf, die Nationalität der mit uns verbündeten Slavenvölker zu gefährden“. Wir werden auf seine Stellung zum Nationalstaat noch zu sprechen kommen. Und nun führt ihn der Flug der Gedanken weiter zur Schau eines künftigen Europas. Kein Volk soll über das andere herrschen, keine Nationalität mehr erdrückt werden. Deutschland als das Land der Mitte ist zum Mittler berufen. Das System der abendländischen Völker soll wiederum — wie im Mittelalter — zu einer lebendigen Einheit erstehen, im Nordosten ein „baltischer Bundesstaat“ aus Preussen, Polen, Litauen, Kurland und Livland, im Südosten der „Bundesstaat der Donauvölker“ mit Oesterreich an der Spitze, der sich bis zum Schwarzen Meere erstrecken soll, beide verbunden mit den übrigen deutschen Staaten auf föderativer Grundlage. Ein Vorschlag zur Reorganisation Deutschlands auf föderativer Basis bildet den Beschluss der Schrift. Und hier zeigt er sich nun völlig unberührt von der allgemeinen nationalen Begeisterung, die damals die deutsche Nation durchwogte. „Dieser Schwindel, der auf einmal die Geister ergriffen, und uns über Nacht ein neues Reich bescheren möchte, steht der deutschen Besonnenheit übel an“...„Ueberhaupt aber, was gewinnt denn das ganze deutsche Volk, wenn seine einzelnen Stämme ihre Stammeserinnerungen fahren liessen“. Der besondere, auf der geschichtlichen Entwicklung beruhende Charakter Preussens und Oesterreichs lasse sich nicht einfach mit einem Federstrich beseitigen. Sie hätten ihre besondere Aufgabe im östlichen Europa, denn sie bildeten „sozusagen einen Herausbau aus dem alten Deutschen Reiche“. Dem Versuch, aus Deutschland einen zentralistischen Staat zu machen, sagt er schärfsten Kampf an. Nur auf föderalistischer Grundlage als einer höheren Form des Völkerlebens könne es aufgebaut werden, denn nur an ein föderalistisches Deutschland könnten sich — unter Wahrung der eigenen Verfassung — auch die

umliegenden Staaten anschliessen, sodass zuletzt dieses Gebilde, das vom Kanal bis zum Finnischen Meerbusen, vom Genfersee bis zum Schwarzen Meere sich erstrecke, eine unangreifbare Macht darstelle, die nur „einer schlichten Landwehr“ bedürfe, um in Sicherheit zu leben.

Halten wir einen Augenblick inne. Schon in dieser frühen Schrift Frantzens treten uns wesentliche Züge seines Denkens entgegen. Von der Wiederherstellung der abendländischen Völkergemeinschaft hatte auch die Romantik geträumt. Ich erinnere an Adam Müller, Fr. Schlegel, Fichte<sup>6</sup>). Es fehlt bei Frantz auch nicht die christliche Untermauerung dieser universalistischen Gedanken. Und doch hebt sich Frantz deutlich ab von seinen romantischen Vorgängern. Persönlich charakterisiert ihn eine eigentümliche Mischung im Denken: sachlich, kühl, real, das Bestreben, das Leben zu nehmen wie es ist, das geschichtliche Leben als solches zu erfassen, daneben der weite idealistische Flug der Gedanken, in Raum und Zeit die Weite einspannend, sich oft in nebelhafte Ferne verlierend. Dem entspricht seine Einstellung zum Problem Deutschland — Europa. Die enge Verbindung der Wiederaufrichtung Deutschlands mit der Schaffung einer europäischen Föderation tritt nirgends so ausgesprochen zutage wie bei ihm. Dem Schiller-Humboldtschen Kreise wie der Romantik gemeinsam war der Gedanke von der Menschheitsaufgabe der deutschen Nation. Bei Frantz gewinnen diese idealistischen Forderungen an Erdennähe - und Schwere, er will sie durchaus realpolitisch verstanden wissen, will der deutschen Nation die ihr durch Lage, Bevölkerung und geschichtliche Vergangenheit zukommende Aufgabe überantworten, eine neue Zukunft Europas zu gründen. Wir glauben schon in seinen ersten Schriften den unbeschwerten Drang des von aussen her in das Reich der Geschichte und Politik eindringenden Autodidakten zu bemerken, der mit glaubensstarker Frische und festem Willen zur Realität an der Verwirklichung seiner Ideen arbeitet. Wir werden weiterhin verfolgen, wie diese Grundgedanken bei Frantz immer wiederkehren, prägnanter gefasst, aber auch immer weiter ausgreifend. Zugleich tritt merklich eine Verschiebung ein. Der Preusse wird seinem Lande fremder, der Thüringer, der „stammesbe-

---

<sup>6</sup>) Vgl. Fr. Meinecke: Nationalstaat und Weltbürgertum.

wusste" Deutsche, gewinnt an Gewicht, die Lösung der deutschen Frage erhält einen andern Aspekt. Mehr und mehr aber sieht er sich auch einer Realität gegenübergestellt, die andere Bahnen geht; die Unmöglichkeit, tätig einzugreifen in die politische Gestaltung seines Vaterlandes, übt ihre Wirkung aus. Sie verschärft seine Kritik, aber auch seinen Hang zum Doktrinarismus: Frantz wird zum Eiferer, der unerbittlich kritisiert und prophezeit, zum einsamen Rufer, der mahnt und beschwört.

Die enge Verbindung, deutsche Frage — neues Europa, begegnet uns wieder in dem 1859 erschienenen Werke: „Untersuchungen über das europäische Gleichgewicht". Hermann Ludwig Heeren hatte als erster in der Existenz eines europäischen Gleichgewichts eine Sicherung der Staaten, insbesondere der Lebensdauer kleiner Staaten gesehen<sup>7)</sup>. Frantz anerkennt die Leistung des Gleichgewichtssystems durchaus und spart nicht mit der Anerkennung, eine Haltung, die bei seiner ausgeprägten Wertschätzung der Kleinstaaten leicht zu verstehen ist<sup>8)</sup>. Aber nun greift er weiter aus und stellt der Gleichgewichtspolitik eine höhere Aufgabe, „ein positives Zusammenwirken der Staaten herbeizuführen, um mit vereinten Kräften die grossen Zwecke der Menschheit zu fördern, welche der Staatsmann nie aus den Augen verlieren soll"<sup>9)</sup>. Diese Forderung sieht er in keiner Weise verwirklicht. Das System der europäischen Grossmächte sei lediglich die Herrschaft einer Mächteoligarchie, die andere ausschliesse und die Kleinen herunterdrücke. Seine innere Unwahrheit ergebe sich schon aus der Teilnahme Russlands, das der abendländischen Völkergemeinschaft ablehnend gegenüberstehe und geradezu korrumpierend wirke. Der Begriff der Grossmacht aber, und damit taucht ein neuer Gedanke bei ihm auf, sei bereits durch die Entwicklung überwunden, denn die Zukunft gehöre den Weltmächten, wie sie Nordamerika, England und Russland darstellten. An solchem Masstabe gemessen versanken Preussen und Oesterreich in Ohnmacht, die Schwäche der Mitte Europas trete deutlicher denn je zutage. So ergibt sich ihm zwingend die

---

<sup>7)</sup> Vgl. W. Kaegi: Historische Meditationen. Zürich 1942, p. 283 ff.

<sup>8)</sup> Vgl. O. Cappis: Die Idee des Kleinstaats im Deutschland des 19. Jahrhunderts, Diss. Basel 1923, p. 87 ff.

<sup>9)</sup> p. 22.

Notwendigkeit, zur Herstellung eines wirklichen europäischen Gleichgewichts die Einigung der deutschen Staaten herbeizuführen, die als Ausgangspunkt einer europäischen Föderation zu dienen habe, d. h. die Lösung der deutschen Frage wird Vorbedingung einer neuen europäischen Gemeinschaft.

Damit ist der Augenblick gekommen, da wir Frantzens Stellungnahme zu Nation und Nationalstaat einer genaueren Prüfung zu unterziehen haben, da sie zum Verständnis seiner politischen Ideen von grundlegender Bedeutung ist. In der „Vorschule zur Physiologie der Staaten“ (1857), seinem ersten systematischen Werke, hatte er sich über diese Frage schon prinzipiell geäußert. Was ist eine Nation? Sie besteht, so antwortet er „in dem auf Blutsgemeinschaft beruhenden, und in der gemeinsamen Sprache und Sitte sich manifestierenden, natürlichen Zusammenleben der Menschen“<sup>10)</sup>. Sogleich schränkt er aber diese Formel wieder ein, indem er an die Völkermischungen erinnert, die eine Einheit des Blutes nie rein sich hätten bilden lassen. Und er weist ferner mit Nachdruck auf die geschichtliche Bedingtheit der Nationen hin: „Denn eine Nation besteht doch nicht in der Summe der Willensakte der zeitweilig lebenden Menschen, sondern darin, dass diese Willensakte mit tausend und abertausend vorangegangenen Willensakten untrennbar verkettet sind, und einen kontinuierlichen Willen ausmachen, welcher in dem Nationalcharakter sein Gepräge und in den öffentlichen Institutionen seine Betätigung gewinnt“<sup>11)</sup>. Und später bestätigt er noch deutlicher diese Einsicht: „Ruht nun die Gegenwart überhaupt immer auf dem Niederschlage der geschichtlichen Vergangenheit, so enthält eben die Nationalität gewissermassen die geistige Essenz dieses geschichtlichen Niederschlags“<sup>12)</sup>.

Wesentliches Anliegen aber ist Frantz die Klärung des Verhältnisses Staat — Nation, denn aus dieser Klarstellung musste ihm die Antwort auf die deutsche Frage erwachsen. Nationalität hat, so stellt er fest, an und für sich keinen Zweck, und ohne politische Organisation keine Kraft. Politische Einheit aber ist etwas von der Nationaleinheit durchaus Verschiedenes.

---

<sup>10)</sup> p. 87.

<sup>11)</sup> p. 269.

<sup>12)</sup> Föderalismus p. 340.

Damit aus einer Nation ein Staat werde, muss ein über die natürliche Gemeinschaft hinausführender Zweck dazukommen, und die Kraft, diesen Zweck geltend zu machen. „Nationen sind demnach nur... als das Material der politischen Organisation anzusehen und darin liegt ihre Bedeutung für den Staat“<sup>13)</sup>. Nationen sind für die Politik nicht von entscheidendem, aber erheblichem Einfluss. Frantz sieht in der Nationalität also wohl eine mächtige Bindekraft, aber niemals eine herrschende und darum auch niemals eine staatengründende Kraft. Freilich sei einzuräumen, dass öfters innerhalb von Nationaleinheit sich ein Staatswesen gebildet und durch viele Jahrhunderte fortentwickelt habe, und so könne es scheinen, als sei Nationalität die entscheidende Kraft. Er erkennt darin nur verhängnisvolle Täuschung, Verwechslung von Ursache und Wirkung. Fälschlich werde daraus gefolgert, dass, wo eine Nation sei, auch ein Staat sein müsse, was dazu geführt habe, dass man in Deutschland meine, „aus der blossen Idee der Nationaleinheit unverzüglich die Reichseinheit“ herbeiführen zu müssen. Man vergesse gänzlich, dass der Staat ein Werk von Jahrhunderten sei, nicht eines „von aufflackernder Begeisterung“<sup>14)</sup>. Kein Land erweise sich so ungeeignet, Politik auf Nationalitätsideen zu basieren wie Deutschland, und keines biete hinwiederum so treffliches Material für politische Formationen dar. Beinahe spöttisch fährt er fort: „Die deutsche Einheit werden wir dann freilich der Poesie überlassen müssen, weil sie in der Tat in das Gebiet der sogenannten schönen Ideen gehört, d. h. derjenigen Projekte, die niemals realisiert werden, weil die dazu erforderlichen Mittel nicht vorhanden sind. Unser politisches System hingegen werden wir auf bestimmte und reelle Staatszwecke zu richten haben“<sup>15)</sup>. Nüchterner konnte man sich über das deutsche Nationalstaatsstreben wohl kaum mehr äussern. Es hätte auch des Hinweises auf die Schweiz nicht mehr bedurft, an deren bundesstaatlicher Einigung als einem Beispiel aus der geschichtlichen Gegenwart er die Staatenbildung in völliger Unabhängigkeit von Nationen nachweist.

---

<sup>13)</sup> p. 88.

<sup>14)</sup> p. 92.

<sup>15)</sup> p. 95.



8 Jahre später, 1865, kurz vor der entscheidenden Auseinandersetzung Preussen—Oesterreich, schreibt Frantz sein Werk „Die Wiederherstellung Deutschlands“, als Antwort auf die die Oeffentlichkeit Deutschlands bewegenden Probleme. Haben sich, so fragen wir, seine Ansichten über den Wert der Nation geändert, hat er, getragen von der allgemeinen Strömung, seinen Standort gewechselt? Gleich zu Anfang finden sich sehr schöne Worte der Wertschätzung und Anerkennung nationalen Daseins. „Es ist etwas Grosses, und für jeden Mann etwas Wesentliches, sich als Mitglied einer Nation zu fühlen. Es kräftigt den Charakter, belebt den Willen, und erhebt den Geist, es ist ein sittlicher, intellektueller und aesthetischer Hebel zugleich, der, wenn er fehlt, immer vermisst wird, und kaum durch etwas anderes zu ersetzen ist“. Er bedauert, das Fehlen dieses Hebels feststellen zu müssen, solange das öffentliche Leben sich auf die deutschen Einzelstaaten beschränke, in denen keine nationale Entwicklung möglich sei. Denn es gebe nur eine deutsche Nation, „wenn man anders unter Nationalität nicht die blosse Staatsangehörigkeit versteht, sondern vielmehr eine innere Lebensgemeinschaft, die neben dem gemeinsamen Blut auf einem gemeinsamen Fond von geistigen Anlagen, Sitten, Gewohnheiten und geschichtlichen Erinnerungen, wie auf dem Bewusstsein eines gemeinsamen Weltberufes beruht“<sup>16)</sup>. Nur in diesem Sinne habe Nationalität Macht und Bedeutung. Und er beschliesst sein Werk mit dem Satz: „Die deutsche Nation besitzt seitdem ein wohlerworbenes Recht, ihre Nationalentwicklung zur Geltung zu bringen“<sup>17)</sup>. Sollte damit der Gründung eines Nationalstaates das Wort geredet sein? Es hiesse Frantz völlig verkennen, wollten wir bei ihm eine Aenderung seiner Anschauungen vermuten. Gewiss, eines prägt sich nun deutlicher aus bei ihm. Die Machtlosigkeit der Mitte Europas, bedingt durch die Schwäche des deutschen Bundes und die Rivalität der beiden Grossmächte Preussen und Oesterreich, will auch er nicht länger tragen. Dass die deutsche Nation gleichberechtigt den andern Mächten gegenüberreten könne, ist auch ihm dringendes Anliegen. Seine Gedanken aber, wie die deutsche Nation ihre Nationalentwicklung zur

---

<sup>16)</sup> p. 14.

<sup>17)</sup> p. 461.

Geltung bringen solle, gehen durchaus eigene Wege. Weder Preussen noch Oesterreich glaubt er den Willen und die Fähigkeit zur Einigung Deutschlands zutrauen zu können. Einen neuen deutschen Bund möchte er gegründet sehen, einen Bund, der zwar der deutschen Nation eine gesicherte Entwicklung gewähre, seine Erfüllung aber in der höheren Idee der Nation, ihrem Weltberuf finden müsse. Nie und nimmer könne das durch einen abgeschlossenen Nationalstaat geschehen, denn es liege im Wesen solcher Staaten, dass sie sich sofort fremd und schroff gegenüberstünden „in der Gestalt als Mächte, was alsbald zu einem reinen Gewaltsystem führen wird“<sup>18)</sup>.

Uns scheint, Frantz nähere sich dem nationalen Empfinden nie so weit wie in dieser Schrift; der entscheidende Abstand aber bleibt. Trotz aller Wertschätzung nationaler Ideen hält er unerbittlich daran fest, dass die Aufgabe, eine Einigung der Mitte herbeizuführen, nicht der deutschen Nation als solcher zukomme, sondern den deutschen Einzelstaaten, dass ein Nationalstaat als Machtgebilde der höhern Einheit der Nation widerspreche. Deutlicher denn je zeichnet sich das Kernproblem seines Denkens ab: die Verbindung Neues Deutschland — Neues Europa. Man darf wohl die Behauptung wagen: um eines neuen Europas willen lehnt er den Nationalstaat ab, der ihm das wesentlichste Hindernis auf dem Wege zu diesem Ziele zu sein scheint. Es ist denn auch nicht weiter verwunderlich, wenn in der Folgezeit Frantzens Urteile über die Nation wieder eine schärfere Note annehmen und er so weit kommt, die Proklamation des Nationalitätsprinzipes zu verurteilen, weil es die Menschen wie Bestien sich benehmen lasse und sie den Tieren gleichstelle<sup>19)</sup>.

Nicht der Nation, sondern den deutschen Stämmen soll die Aufgabe der Einigung zufallen. Wenn Frantz zur Stützung seiner Ideen die deutsche Geschichte heranzieht, wird er nicht müde, auf die Bedeutung der Stämme und damit der deutschen Klein- und Mittelstaaten, zu denen sie sich weiterentwickelten, hinzuweisen. Aus diesem Nebeneinander und der gegenseitigen

---

<sup>18)</sup> p. 421.

<sup>19)</sup> Föderalismus p. 339.

Einwirkung sei „fast alles entsprungen, was die deutsche Nation und die deutsche Geschichte, im Guten wie im Bösen charakterisiert“<sup>20)</sup>. „Glaubt man an eine Zukunft der deutschen Nation, so muss man an eine Zukunft der deutschen Völkstämme glauben“<sup>21)</sup>. Die Wurzel dieses Denkens liegt doch wohl in dem starken Heimatgefühl, das ihn, den Preussen, seine besondere thüringische Herkunft betonen und ihn das farbenfrohe Bild der einzelnen, von einander so verschiedenen deutschen Landschaften formen lässt. „Ich fühle täglich in mir selbst“, so schreibt er in einem Brief an Richard Wagner 1868, „wieviel Stamm und Heimat bedeuten, indem ich aus dem ehemals sogenannten Nordthüringen stamme, ein Mittelding zwischen Obersachsen und Niedersachsen, beiden verwandt und von beiden verschieden, und dadurch ist bis heute mein ganzes Wesen bestimmt. Ich kann nicht heraus, so wenig wie aus meiner Haut. Darum fühle ich mich in der Mark Brandenburg, wo ich doch seit 29 Jahren eingezogen, noch immer fremd“<sup>22)</sup>. Dieses Einzelleben der deutschen Staaten in dem höhern Verbande, der die Gesamtinteressen der Nation wahren soll, zu sichern ist sein grösstes Anliegen. Nicht in einem Staat, sondern in einer überstaatlichen, völkerrechtlichen Vereinigung will er der Gesamtnation die Zukunft wahren, einer Vereinigung, die er in Anlehnung an das Mittelalter „Reich“ nennt. Davon wird im Einzelnen noch zu sprechen sein. Damit hatte er aber eine letzte Negierung des deutschen Nationalstaates ausgesprochen.

Unterdessen hatte Bismarck die staatliche Einigung Deutschlands unter Preussens Führung vollendet. In seinem Werke „Das neue Deutschland“, eben dem von Jakob Burckhardt erwähnten Buche, nimmt Frantz zu dieser Schöpfung Stellung. Es kann nicht anders sein als dass das in abwehrender, ja geradezu feindseliger Gesinnung geschieht. Neben der Ablehnung des Nationalstaates überhaupt ist es gerade die Einigung Deutschlands unter Preussens Führung, die Frantz zur schärfsten Verurteilung der Neuschöpfung herausfordert. Er streitet Preussen rundweg jede Eignung zu dieser Aufgabe ab. Vom

---

<sup>20)</sup> Gleichgewicht p. 245.

<sup>21)</sup> Gleichgewicht p. 269.

<sup>22)</sup> Stamm, I. c. Bd. 1, p. 2.



vielgenannten deutschen Beruf Preussens will er nichts wissen, da Preussen überhaupt kein eigentlich deutscher Staat sei, sondern „offenbar etwas Mittleres zwischen dem Deutschtum und dem Slaventum“<sup>23)</sup>, dessen Aufgabe im Nordosten liege. Davon abgesehen sei Preussen zur Führung in Deutschland ungeeignet, da sein Staat rein militärischen Charakter zeige, auf Herrschaft gegründet sei und seinem Wesen entsprechend auf Zentralisation hindränge. Freiheit und Bildung, diese beiden Anliegen deutschen Wesens, hätten sich reinen Machtansprüchen unterzuordnen. Preussen an der Spitze Deutschlands werde die ganze Nation in die Bahn der Eroberung drängen. Und nun kehrt er wieder zu seinem alten Anliegen zurück. Deutschland soll als „Reich“ im mittelalterlichen Sinne wiederaufstehen, es soll nicht einen modernen Nationalstaat bilden, sondern eine freie Körperschaft, die ihr Bestehen einem Ineinanderspielen staatsrechtlicher und völkerrechtlicher Verhältnisse verdankt. Nur so könne der deutsche Bund Vorbild und Stützpunkt für den kommenden europäischen Bund werden, nur so könne es seinem internationalen Berufe treubleiben, der mit der nationalen Entwicklung untrennbar zusammenhänge. Es ist klar: Frantz hat geistig seine Stellung bezogen, an der er unbeirrbar von der tatsächlichen Entwicklung festhält. In einsamer Ablehnung steht er dem neuen Nationalstaat, der Bismarck'schen Schöpfung gegenüber, unberührt von der Welle nationaler Begeisterung, aber hellen Auges für die im Verborgenen lauernden Gefahren. „Noch ein Menschenalter so fort, und was man sonst deutsche Bildung, deutschen Geist und deutsches Gemüt genannt hat, wäre zur Fabel geworden“<sup>24)</sup>. Wir verstehen nun Jakob Burckhardts Urteil. Mit umso grimmigerer Verbißtheit erhebt er seine mahnende Stimme als unermüdlicher Warner vor der falschen Entwicklung, mit umso grösserer Hartnäckigkeit verfolgt und predigt er sein politisches Ideal und in immer neuer Breite und mit neuen Gründen wirbt er für die Ideen eines neuen Deutschlands und eines neuen Europas.

Wir streiften schon des öfters die tiefe Abneigung Frantz-

---

<sup>23)</sup> p. 189.

<sup>24)</sup> p. 159.

zens gegen staatliche Allgewalt, die uns ebenso in der Ablehnung des preussisch-deutschen Staates wie der Negierung des Nationalstaates schlechthin entgegentrat. Tatsächlich führt ihn diese Abneigung zu einer teilweisen Negierung des Staates überhaupt. Zweifel steigen in ihm auf, ob der Staat als solcher nicht schon den Höhepunkt seiner Entwicklung überschritten habe, ob die Zeit seiner unbedingten Geltung nicht vorüber sei. Er gibt zu, nach dem Mittelalter habe die neuere Zeit eine durchgreifende, konzentrische Gewalt nötig gehabt, aber, so fährt er fort, nun kommt eine allerneuste Zeit mit andern Bedingungen und Lebensbedürfnissen<sup>25</sup>). Er vermeint sogar feststellen zu können, dass das staatliche Zentralisationsprinzip sich überlebt habe und im Niedergang begriffen sei. Daher erhebe sich nun überall die Forderung nach Dezentralisation und Selbstverwaltung. Schon sieht er eine neueste Zeit im Anbruch, die nach einem neuen Prinzip verlange. Damit treffen wir auf die letzte Wurzel jener Gesinnung, die den Nationalstaat, ja teilweise auch den Staat verneint, das Prinzip des Föderalismus, in dem er den Schlüssel zur Lösung aller Probleme gefunden zu haben glaubt. Dieses Prinzip, von dem er schon in seinen ersten Schriften gesprochen hatte, wird ihm mit zunehmendem Alter, vor allem in den Jahren der Vereinsamung, zum dringendsten Anliegen. Aus dieser Zeit stammt sein Werk: „Der Föderalismus als das leitende Prinzip für die soziale, staatliche und internationale Organisation, unter besonderer Bezugnahme auf Deutschland“ (1877), mit dem Titel schon die Richtungweisend, die ihn über Deutschland zur Neugestaltung Europas führte. Sämtliche Probleme, die ihn je bewegten, all die politischen Fragen, deretwegen er so oft zur Feder gegriffen hatte, werden nun nochmals durchleuchtet, alles scheint ihm von diesem einen Prinzip aus in neuer Klarheit zu strahlen, vieles, was er vorher nur angedeutet, erhält festere Umrisse. Vorweg gilt das für die beiden Fragen, in denen wir Frantz zu fassen suchen: das neue Deutschland und das neue Europa. Wenn wir dabei schon Gesagtes wiederholen, so bleiben wir damit dem Charakter der schriftstellerischen Tätigkeit unseres Autors verhaftet, der in unendlichen Wiederholungen, ermüdender Breite und weitausholenden Abschweifungen immer wieder sich

---

<sup>25</sup>) Wiederherstellung Deutschlands p. 367 ff.

zurückfindet zu seinem ureigensten Anliegen, diesem selbst doch auch wieder neue Seiten abgewinnt, verschwommene Bilder schärfer umreißt.

Mitleidlos war die harte historische Wirklichkeit über Franzens Denken und Planen hinweggegangen, doch unentwegt und auf die Zukunft hoffend, aber auch voll geheimen Grauens vor der kommenden Entwicklung ruft er seine Landsleute zur Umkehr auf und sucht sie für eine Gestaltung der Staatenwelt zu gewinnen, die ihm allein der Verwirklichung wert schien. Aus deutschem, oder besser gesagt aus heimatlichem Empfinden gestaltete er seine Idee des Föderalismus, die ihm sozusagen zum Credo seines politischen Glaubensbekenntnisses geworden war. Er fasst es zusammen in dem Satz: Der Kern der deutschen Frage liegt in einer föderativen Aufgabe, „will sagen in der Aufgabe: all die verschiedenen Bestandteile Deutschlands, die ein eigentümliches Leben besitzen, doch andererseits zu einem lebendigen Zusammenwirken zu verbinden“<sup>26)</sup>. Dem Föderalismus weist er nicht nur die Aufgabe zu, dieses eigentümliche Leben deutscher Staaten im höheren Ganzen zu bewahren, sondern es ebenso innerhalb der deutschen Staaten zu erhalten. Denn wirkliche Freiheit erblüht für ihn nur dort, wo die Leute „das Recht haben, ihre heimatlichen Angelegenheiten selbst zu ordnen und zu verwalten“<sup>27)</sup>. Auf der Dorfgemeinde baut er auf. „Die hat an ihrem Gemeindevorsteher...ihren Regenten, dazu ihr Parlament an ihrem Gemeinderat, ihr Dorfgericht, oder sollte es wenigstens haben, wie auch ihr Finanzwesen“<sup>28)</sup>. Sie sollen kleine Staaten im Staate sein und als solche behandelt werden: das mache das Wesen der föderativen Verfassung aus. Stufenweise solle der weitere Aufbau erfolgen, von der Gemeinde zum Kreis, zur Provinz, zum höhern Verband des gemeinsamen Vaterlandes. So formt sich ihm nun in voller Klarheit die Lösung der deutschen Frage in der Form des Reiches, das organisch aus der Vergangenheit herauswachsend zugleich der neusten Zeit angehöre durch die Ueberwindung des reinen Staatsgedankens

---

<sup>26)</sup> p. 241.

<sup>27)</sup> p. 129.

<sup>28)</sup> p. 134 f.

in der Verbindung staatlicher und völkerrechtlicher Bindungen. Deutlich umreißt er nun die Gestalt dieses neuen Körpers, der Europas Mitte einzunehmen hatte<sup>29)</sup>. Kernstück ist der westdeutsche Bund als engerer Bund, bestehend aus den westelbischen Provinzen Preussens, dem österreichischen Salzburg, Tirol und Vorarlberg und den übrigen deutschen Stämmen. Er soll einen eigentlichen Bundesstaat bilden. Mit ihm sollen das östliche Preussen und das restliche Deutschösterreich in organischem Schutz- und Trutzbündnis stehen: das ergäbe den weitem Bund, der bereits völkerrechtlichen Charakters sein müsse. Ein preussisches Kaisertum möge sich in Personalunion Polen angliedern und damit seine Wirksamkeit bis an den Peipussee und die Beresina erstrecken, parallel dazu dürfte ein österreichisches Kaisertum in Verbindung mit Ungarn erstehen, dass die Balkanvölker unter seiner schützenden Hand vereinen sollte, als Schutzmacht gegenüber einem weiteren Vordringen Russlands. Nach der andern Seite hin aber glaubt er voraussehen zu dürfen, dass Holland, Belgien und die Schweiz es bald in ihrem Interesse finden werden, sich in irgend einer Form diesem Körper anzuschliessen. In der Dreieinheit der *confoederatio arcta* als des engern westdeutschen Bundes, der *confoederatio latior* mit Preussen und Deutschösterreich und der *confoederatio latissima* mit Polen und Ungarn, der sich im Südosten die Balkanländer, im Westen die Kleinstaaten des einstigen Zwischenreiches anschließen, sieht er eine zeitgemässe Metamorphose des alten Reichsgedankens. Voraussetzung ist ihm freilich, das sei besonders betont, die vollständige Selbständigkeit aller angegliederten Staaten. Das Zusammenwirken soll sich beschränken auf bestimmte Aufgaben wie militärischen Schutz und materiellen Verkehr. Gerade weil er die jedem Staate innewohnende Tendenz zur Zentralisation besonders fürchtet, lehnt er für diesen mitteleuropäischen Bund die staatliche Organisation schroff ab und schlägt dafür die völkerrechtliche Verbindung im Reiche vor, als der einzigen Möglichkeit einer freien Entwicklung der einzelnen Völker, eine Möglichkeit, die ja auch im engeren Bunde Westdeutschlands durch den föderativen Aufbau der verschiedenen Stämme gewahrt bleiben soll. Darin sieht er zugleich auch die beste

---

<sup>29)</sup> p. 323 f.

Friedenssicherung: „Keine Macht der Erde würde diesen Bund anzugreifen wagen, der andererseits selbst keine aggressiven Tendenzen verfolgen könnte. Ein Friedenssystem wäre damit begründet, desgleichen Europa noch nie gesehen“<sup>30)</sup>).

Auf dieser Lösung der deutschen Frage baut er nun weiter auf und gestaltet seine Vorstellung eines neuen Europas. Immer wieder hatte er darauf hingewiesen, dass die Neuordnung Deutschlands Voraussetzung und Ausgangspunkt einer Neugestaltung Europas sei und hatte der deutschen Nation nachdrücklich diese Aufgabe gestellt, zu der sie nach ihrem inneren Wesen berufen sei. Wie ihn in der Behandlung der deutschen Frage eine tiefe Verbundenheit mit der engeren Heimat und das dringende Anliegen geleitet hatten, allem Besonderen freie Entfaltungsmöglichkeit zu sichern, so beansprucht er diese Entwicklungsmöglichkeit nun auch für die höhern Einheiten, die Staaten und Nationen. Aber er sieht sie nur gewährleistet in einer auf Frieden und Recht sich gründenden Föderation.

Sein Ideal einer europäischen Völkervereinigung begründet er zunächst durchaus realpolitisch<sup>31)</sup>. Er weist hin auf die jedes Autarkiestreben ausschliessende Weltwirtschaft, die grossartige Entfaltung von Handel und Verkehr, die neue Politik, die die ganze Weltweite umfasse. Mit wahrer Begeisterung verfolgt er den Siegeszug der modernen Technik, die jede Nationalitätspolitik zu einem Anachronismus werden lasse. Auf die Verwirklichung eines allgemeinen Völkerbundes wagt er freilich nicht zu hoffen, umso entschlossener verlangt er die europäische Föderation, an deren Möglichkeit er ehrlich glaubt. Denn sie bezwecke ja keine Aufhebung der einzelnen Staaten, sondern einzig ein friedliches Zusammenwirken. Allerdings dürfe nicht mehr das sogenannte „Staatsinteresse“ weiterhin Grundlage der Politik sein, sondern das europäische Gemeininteresse, wie es das Mittelalter besass. Sein Ideal aber erschöpft sich nicht in romantischer Sehnsucht nach vergangenen Zeiten, sondern auf Grund durchaus realer Betrachtung

---

<sup>30)</sup> p. 338.

<sup>31)</sup> Vgl. für das Folgende vor allem: Föderalismus p. 371 ff. Grossmacht und Weltmacht (Ztschr. für d. ges. Staatswiss. Bd. 44, 1888) p. 675 ff. Deutsche Antwort auf die orientalische Frage, p. 85 ff. Die Welt-politik, 3. Abt.



sieht er mit dem Hinausgreifen der Mächte in fremde Erdteile und deren kolonialer Durchdringung eine neue Zeit heraufsteigen, und er zieht daraus den Schluss, dass nun das Ende rein kontinental beschränkter Grossmächte da sei, dass die Zukunft den Weltmächten gehöre und dass dieser Geist der Universalität zum Zusammenschluss dränge. Für eine erspriessliche Weltpolitik, die freilich mit Imperialismus nichts zu tun hat, fordert er die breite europäische Basis, unter Ueberwindung des bisherigen Begriffes der Grossmacht. Als Typus der neuen Weltmacht erscheinen ihm die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit ihrer einen Erdteil umfassenden Grundlage. Eine ähnliche Entwicklung glaubt er Südamerika, Südafrika und Australien voraussagen zu dürfen. Solchen Dimensionen gegenüber erscheine Westeuropa winzig klein. Als eigentliche Weltmächte könnten auf unserem Kontinent nur Russland gelten, bis zu einem gewissen Grade auch England, dessen Macht freilich angesichts der schmalen Basis wenig gesichert dastehe. Erfordere aber die neueste Zeit eine neue Völkergemeinschaft, so müsse sie in erster Linie das abendländische Europa umfassen, das im Mittelalter eine gemeinsame Geschichte gehabt und seither noch eine gewisse innere Verwandtschaft bewahrt habe. Trotzdem die Peripherie der Weltmächte immer grössere Bedeutung gewonnen habe, sei Europa doch der Mittelpunkt der Welt geblieben. Aber die Frage stelle sich: beherrscht künftig der Mittelpunkt die Peripherie oder wird er selbst zum Objekt. Ohne eine Erneuerung des sozialen, staatlichen und internationalen Lebens müsse Europa dem Verfall entgegengehen. Solange es dem Antagonismus der Mächte verfallen bleibe und seine Kraft in Rüstungen vergeude, sei nichts zu hoffen.

Von der praktischen Herbeiführung der neuen Gemeinschaft spricht er wenig. Allianzen könnten als Vorstufe einer Föderation gelten, und er deutet an, dass eine europäische Föderation eben auf diesem Wege entstehen könnte. So weist er einzelnen Staaten Zukunftsaufgaben zu, auf die eine europäische Gemeinschaft sich gründen liesse. Eine besondere Stellung nehme England ein, die darauf beruhe, dass es mehr Weltinteressen als spezifisch europäische habe, aber immerhin zu den germanisch-romanischen Völkern gehöre. Eine föde-

rative Einigung aller englischen Gebiete hält er für aussichtslos. Der Kern des Reiches bleibe doch Glied des abendländischen Europas. Gegen Russland brauche England die Hilfe der kontinentalen Mächte. Es handle deshalb im eigenen Interesse, wenn es sich positiv zum neuen Europa einstelle. „Anstatt die Welt für sich allein in Beschlag nehmen zu wollen, müsste es nach dem Grundsatz handeln „Leben und leben lassen““<sup>32)</sup>. Aus ureigenstem Interesse müsste es „dahin wirken, dass das ganze abendländische Europa sich zu einer Gesamtpolitik verbinde.“

Dem Bestreben, England in die Gemeinschaft der abendländischen Völker hineinzuziehen, entspricht die absolute Entschlossenheit, Russland hinauszustossen. Unermüdlich sucht er zu beweisen, dass Russland keine europäische, vielmehr eine halbasiatische Macht sei, ein eigener Erdteil, ein Uebergangsbereich zwischen Asien und Europa. Vor allem müsse Russland aus Polen hinausgedrängt werden, das zur abendländischen Kulturgemeinschaft gehöre. Seine eigentliche Aufgabe sieht er in der Herrschaft über das ganze nördliche Asien einschliesslich einer Vormundschaft über China. Darin erblickt er den weltgeschichtlichen Beruf Russlands: die mongolische Rasse zu unterwerfen, wobei dann freilich ein solch mongolisch-russisches Weltreich für Europa grosse Gefahren in sich bergen könne.

Die Glieder der dermassen umgrenzten Föderation bedenkt er nun mit besonderen Aufgaben. Die romanischen Staaten und England verweist er auf ihre zivilisatorische Mission im nahen Nordafrika, als gemeinsames Ziel steckt er der abendländischen Christenheit die Regeneration und Christianisierung des Vordern Orients.

Aber all diese realpolitischen Erwägungen sind doch nicht das Letzte. Sein Glaube an ein neues Europa gründet sich zutiefst auf seine christliche Weltanschauung. Im Föderalismus, auf den er die neue Ordnung aufbauen will, glaubt er die weltliche Seite der christlichen Entwicklung zu erkennen; Wesenskern dieses Prinzipes aber ist ihm Friede und Recht. Frie-

---

<sup>32)</sup> Grossmacht und Weltmacht p. 711.

denssicherung wird immer mehr sein innerstes Anliegen, sein tiefstes Sehnen. Wie er die mittelalterlichen Kaiser als Schirmherrn allen Rechtes und als Garanten des Friedens preist, so glaubt er nun dem deutschen Volke als seinen Weltruf die Aufgabe zuweisen zu dürfen, als Wächter des Völkerrechtes zu walten und den Frieden zu sichern. Die Fähigkeit dazu soll das deutsche Volk erweisen durch den Aufbau eines neuen Deutschlands auf föderativer Grundlage und so in der Mitte Europas einen Bund schaffen, der, auf Recht und Frieden gegründet, ein Vorbild europäischen Zusammenlebens sein könne. Wohl nirgends so klar und — für uns heute Lebende, soweit wir noch an eine abendländische Völkergemeinschaft zu glauben wagen — ergreifend hat er in dem Jakob Burckhardt vorliegenden Werke das ausgesprochen, was sein Glauben, sein Hoffen, sein Kämpfen war:

„Nein, in solcher Weise soll Deutschland nicht für den europäischen Frieden sorgen, dass es durch sein Streben nach Macht auch ringsherum dasselbe Machtstreben hervorruft, sondern auf die Erhaltung und Kräftigung des allgemeinen Rechtssinnes soll es sein Streben richten, als der inneren und allernotwendigsten Bedingung eines europäischen Friedenssystems. Deutschland selbst soll der Stützpunkt des europäischen Rechtes sein, und also zunächst doch wohl durch sein eignes Beispiel der Rechtsachtung. Denn dass inmitten Europas ein vielgliederiger Körper besteht, in welchem das schwache Glied sich ebenso gesichert fühlt als das starke, ist von höchster Wichtigkeit für die Erhaltung des allgemeinen Rechtssinnes, wie umgekehrt nichts so zerstörend auf das ganze europäische Rechtssystem wirken muss, als wenn gerade in Deutschland das Beispiel der Vergewaltigung des Schwachen gegeben und durch die Tat selbst das Machtsystem proklamiert wird. So unleugbar auch die daraus entsprungene Steigerung der äusseren Machtmittel wäre, und damit auch der äusseren Schutzmittel des Friedensstandes, — in viel höherem Masse haben sich umgekehrt die inneren Bürgschaften des Friedens vermindert, die auf der Bewahrung des Rechtes beruhen. Si vis pacem, tuere iustitiam, sage ich, das ist die unerlässlichste Bedingung für die Sicherung des Friedens, und



nicht das *parare bellum*, worin die Kasernenphilosophie ihr ein und alles findet''<sup>33</sup>).

Was für die mittelalterliche Staatslehre Grundlage staatlichen Zusammenlebens war<sup>34</sup>), das fordert Frantz auch als Grundlage eines neuen Europas:

### PAX ET IUSTITIA.

---

<sup>33</sup>) Das neue Deutschland p. 403.

<sup>34</sup>) Vgl. W. Kaegi: l. c. p. 36.